

Betreff: Jetzt Hilfsfonds „Wohnen“ einrichten!

Sehr geehrte Frau... / Sehr geehrter Herr...

als privater Vermieter bin ich wie viele von uns durch die gegenwärtige Coronavirus-Pandemie in der finanziellen Existenz bedroht, genau wie unsere Mieter.

Seit dem 1. April 2020 können Vermieter bei ausbleibender Mietzahlung bis zum 30. Juni 2020 keine Kündigung mehr aussprechen. Seitdem diese Regelung beschlossen wurde, haben zahlreiche Mieter angekündigt, davon Gebrauch zu machen.

Als einer von 3,9 Millionen privaten Vermietern in Deutschland bleibe auch ich wegen dieser Regelung auf dem Schaden durch die Corona-Pandemie vorerst sitzen. Die Mieter müssen die ausbleibenden Mieten zwar bis zum 30. Juni 2022 mitsamt Verzugszinsen nachzahlen. Doch abgesehen von der Frage, ob die Mieter dazu dann wirklich in der Lage sein werden, ist es für viele private Vermieter eine existenzielle Bedrohung, so lange auf die Mieteinnahmen verzichten zu müssen.

Betriebs-, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten müssen weiterhin bestritten werden. Die Abschlagszahlungen der Mieter fallen jedoch genauso aus, wie die Kaltmiete. Rund 40 Prozent der privaten Vermieter sind Ruheständler, die Mieteinnahmen bilden einen wichtigen Bestandteil des Alterseinkommens. Private Vermieter sind in der Regel Verbraucher und können im Gegensatz zu Einzel-Selbstständigen, Kleinbetrieben und sonstigen Unternehmen die finanzielle Sofort-Hilfe des Bundes oder des Landes nicht in Anspruch nehmen.

Daher bitte ich Sie eindringlich, sich dafür einzusetzen, dass die Bundespolitik einen Hilfsfonds „Wohnen“ einrichtet, der Mietern in Zahlungsschwierigkeiten die Miete in Form eines Zuschusses oder zinslosen Darlehns bezahlt. Nur mit einem solchen, solidarischen Fonds kann verhindert werden, dass private Kleinvermieter wegen der Corona-Krise in die Insolvenz gehen und ihre Immobilien verlieren.

Zugleich kann auch nur mit einem solchen Fonds verhindert werden, dass Mieter nicht später doch noch ihre Wohnung verlieren, wenn sie eben nicht bis zum 30. Juni 2022 ihre Mietschulden begleichen können. Deswegen teilt auch der Deutsche Mieterbund NRW die Forderung des Landesverbandes Haus & Grund Rheinland Westfalen nach einem Hilfsfonds „Wohnen“. Ich appelliere dringend an Sie, sich für dieses gemeinsame Anliegen von Mietern und Vermietern im Bundestag einzusetzen.

Bleiben Sie gesund.

Mit freundlichen Grüßen,